



### Wahlen/Antragsberatung/ Programmdiskussion

Mit den Schlussworten von Bettina Mandaus und Oliver Greie ging die 4. Ordentliche Landesbezirkskonferenz unseres Landesbezirkes am 2. März 2019 zu Ende. Eine erfolgreiche Veranstaltung – so der Tenor der über 100 Delegierten und unserer Gäste.



Die traditionellen Grußworte wurden vom Thüringer MP Bodo Ramelow, der Staatssekretärin Susi Möbbeck im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt, dem Bürgermeister und Beigeordneten der Stadt Leipzig, Ulrich Hörning, und per Videobotschaft vom Sächsischen MP, Michael Kretschmer, gehalten. In Ergänzung des vorliegenden Geschäftsberichtes moderierte Gundula Lasch einen „etwas anderen Rückblick“ auf ausgewählte gewerkschaftspolitische Highlights der letzten vier Jahre.

In der Diskussion erstreckte sich die Themenpalette von der Tarifpolitik über die gesellschaftlichen Herausforderungen bis hin zu internen Aufgaben bei der Umstrukturierung unserer Organisation.

„Wir sind die politischste aller Gewerkschaften – und das soll so bleiben“ – die auf den Punkt gebrachte Formulierung eines Delegierten beschreibt die Stimmungslage im Plenum.

Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Delegierten eine Reihe von Entschlüssen und Anträgen, die diesen Kurs klar beschreiben.



Das Projekt „ver.di wächst“ wird konsequent weiter umgesetzt und mit Leben erfüllt. Eine zentrale Rolle nimmt die Jugendarbeit ein, die Gewinnung neuer Mitglieder wird viel Energie brauchen.



Ein zentrales Argument für ver.di ist neben den Anstrengungen für gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der klare politische Kurs gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Positionen. Der AfD und denen keinen Raum bieten, die versuchen, ver.di zu schaden, „Menschen, die vor Werkstoren unsere Kolleg\*innen auffordern, ver.di zu verlassen und zur AfD zu kommen, haben in unseren Reihen nichts zu suchen“, betonte Denny Möller aus Thüringen. Sonja Franke aus dem



neuen Bezirk Sachsen West-Ost-Süd beschrieb die Auseinandersetzungen mit rechten Positionen in einigen Ortsvereinen.



Im Sachgebiet Gewerkschaftspolitik verabschiedeten die Delegierten unter anderem Anträge für die Anhebung des Gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens zwölf Euro, verbindliche Mindesthonorare für selbstständige Kreative durch Aufstockung der Kulturhaushalte sowie eine innergewerkschaftliche Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Forderungen nach Begrenzung der Arbeitszeit und Einschränkung des Sonntagsverkaufs in den Ladenöffnungsgesetzen der Länder wurden diskutiert und mehrheitlich unterstützt.

Die Zukunftssicherung der Pflege bleibt eine große Aufgabe: Hier ist ver.di gefordert, sich weiterhin für bessere Bezahlung, gute Ausbildungsbedingungen und angemessene Personalbemessung einzusetzen.

Zentrale sozialpolitische Positionen von ver.di in SAT waren und bleiben die Forderungen nach der Anhebung des Rentenniveaus und der Senkung der Abgabenlast für Rentner\*innen mit betrieblicher Altersvorsorge.

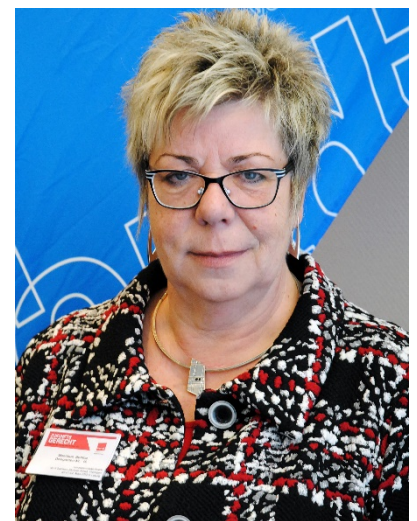
Klare Position bezog die Konferenz zur Leiharbeit: Sie forderte den DGB und dessen Einzelgewerkschaften auf, die bestehenden Tarifverträge zur Leiharbeit nicht zu verlängern. Gleiches Geld für gleiche Arbeit bleibt die Forderung für alle.

Einig waren sich die Delegierten ebenso darin, dass die Vorteilsregelungen für Mitglieder in Tarifverträgen weiter ausgebaut werden. Denn es soll sich lohnen, Mitglied in ver.di zu sein – auch ganz konkret.



Mit der erneuten Wahl von Oliver Greie und Kerstin Raue blieb das Gerüst der Landesbezirksleitung erhalten. Ines Küche, bis dato Bezirksgeschäftsführerin des Bezirkes Leipzig-Nordsachsen, wird künftig das Leitungs-Trio komplettieren.

Als neue Vorsitzende des ver.di Landesbezirksvorstandes hat die Konferenz Bettina Mandaus gewählt, die schon in der letzten Legislatur den Vorsitz innehatte. Sie steht für „die Stärkung der Ortsvereinsarbeit mit einheitlichen Rahmenbedingungen, ohne in die Autonomie der Bezirke einzugreifen. Die Begleitung des



Prozesses 'ver.di wächst' aus ehrenamtlicher Sicht soll unter Einbeziehung der Vertreter\*innen im Landesbezirksvorstand erfolgen und im fairen und streitbaren Prozess erfolgreich umgesetzt werden.“